

Richard Stöss
Die extreme Rechte in der Bundesrepublik

Richard Stöss

Die extreme Rechte in der Bundesrepublik

Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen

Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Stöss, Richard:

Die extreme Rechte in der Bundesrepublik:
Entwicklung – Ursachen – Gegenmassnahmen/
Richard Stöss. – Opladen: Westdt. Verl., 1989

ISBN 978-3-531-12124-6

ISBN 978-3-322-94164-0 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-322-94164-0

Der Westdeutsche Verlag ist ein Unternehmen der Verlagsgruppe Bertelsmann International.

Alle Rechte vorbehalten

© 1989 Springer Fachmedien Wiesbaden

Ursprünglich erschienen bei Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1989



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Horst Dieter Bürkle, Darmstadt

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Lengericher Handelsdruckerei, Lengerich

Inhalt

Vorwort	9
Abkürzungsverzeichnis	12
Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder	15
1. Was ist Rechtsextremismus?	
Begriff – Ziele – Politik	17
Demokratiefeindschaft	19
„Nationale Frage“ und „Nationale Opposition“	21
Konzepte für die „Nationale Frage“	24
Alter und Neuer Nationalismus	27
„Geschichtsrevisionismus“	29
Rechtsextremismus und Verfassungsschutz	35
Rechtsextremismus als Untersuchungsfeld	38
2. Verdrängung und Verharmlosung – Rechtsextremismus als Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik	39
2.1 <i>Antidemokratische Einstellungen in der Bundesrepublik</i>	39
„Adolf Hitler war ein Italiener“	40
Einstellungen zum Nationalsozialismus	42
Die SINUS-Studie	45
Antisemitische und ausländerfeindliche Einstellungen ..	47
Die Verdrängung der Vergangenheit – und die Folgen ..	50
2.2 <i>Die stille, unaufhaltsame Wiederkehr der Gestrigen</i>	52
Die gescheiterte Entnazifizierung	54
Die Alliierten beginnen mit der Entnazifizierung	59
Die Entnazifizierung in den Händen der Deutschen	62

Die Entnazifizierung im Parteienstreit	67
Rehabilitierung und Schonung von Nazi-Verbrechern ...	70
Prozesse vor westdeutschen Gerichten	74
Kontinuität oder Diskontinuität der Nachkriegseliten? ..	77
Antikommunismus anstatt Antifaschismus	78
2.3 <i>Die politische Integration des Rechtsextremismus nach 1949 ..</i>	79
Die Lizenzierungspolitik der Militärregierungen	80
Die Bundestagswahl 1949	84
Vom Blockgegensatz zum Basiskonsens	88
Zerbrechliche Stabilität?	94
3. Die Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus	96
3.1 <i>Die Entwicklung im Überblick</i>	97
3.2 <i>Der Nachkriegsrechtsextremismus (1945-1965)</i>	102
Der Alte Nationalismus reorganisiert sich	102
Eine Neue Rechte etabliert sich	109
Die Neue Rechte zwischen Bürgerblock und Alter Rechter	111
Der Anachronismus der Nationalen Opposition	118
Die Zeit der Flaute	121
Von der „Dritten Kraft“ zur nationaldemokratischen Sammlung	122
Die „gesamtdeutsche Unabhängigkeitsbewegung“	126
Der Niedergang der rechtsextremen Vorfelddorganisationen	127
3.3 <i>Der Neue Rechtsextremismus (seit 1966)</i>	133
Das Ende der Nachkriegszeit	133
Der Aufstieg der NPD	135
Der Zerfall der NPD und der Widerstand gegen die sozialliberale Koalition	140
Die Entwicklung des Neuen Nationalismus seit 1965	147
Gewalt und Terror	153
Das Netzwerk der Neonazis	159
Protestverhalten	173

4. Die extreme Rechte im Aufwind?	177
4.1 „Der Wind schlägt um“	177
4.2 Die Zusammenarbeit von NPD und DVU	184
4.3 Die Republikaner	191
Die Parteigründung	192
Die Entwicklung bis zur Europawahl 1989	194
Die Europawahl	200
Organisation	201
Programmatik	205
Die Union und die Republikaner	213
Wahlen, Wähler und Anhänger	217
Auf dem Weg zum Fünfparteiensystem?	225
5. Ursachen und Gegenmaßnahmen	229
5.1 <i>Die Ursachen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik</i>	230
Individuelle Erklärungsfaktoren	231
Gesamtgesellschaftliche Erklärungsfaktoren	235
Antidemokratische Elemente in der politischen Kultur ..	239
Zur Interdependenz der Erklärungsfaktoren	243
5.2 <i>Antifaschismus – Probleme und Perspektiven</i>	244
Organisierter Antifaschismus nach 1945	245
Ignorieren? Verboten? Diskutieren?	
Aufklären? Besiegen?	246
6. Zusammenfassende Übersicht über die Thesen der Untersuchung	253
Literaturauswahl	260
Personenregister	265
Organisationenregister	270

Vorwort

Seit Mitte der achtziger Jahre haben wir es in der Bundesrepublik mit einem neuerlichen Auftrieb des organisierten Rechtsextremismus zu tun. Dabei handelt es sich nach den Erfolgen der Sozialistischen Reichspartei (1950-52) und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (1966-69) um die dritte, gemessen an Mitgliederzahlen und Wählerresonanz voraussichtlich stärkste Welle nach 1945. Mit Blick auf die politischen Verhältnisse in anderen westlichen Ländern wird diese Entwicklung häufig als „Normalisierung“ des Parteienspektrums bezeichnet. Ich halte diese Formulierung für unglücklich.

Bereits 1967 hatten Erwin K. Scheuch und Hans-Dieter Klingemann folgende These aufgestellt: „In allen westlichen Industriegesellschaften existiert ein Potential für rechtsradikale politische Bewegungen ... Rechtsradikalismus ist unter dieser Perspektive eine 'normale' Pathologie von freiheitlichen Industriegesellschaften.“¹

Wenn wir auch kaum über vergleichende Untersuchungen zu diesem Thema verfügen, kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß es in allen westeuropäischen Staaten Rechtsextremismus gab und gibt.² Und doch nimmt Deutschland dabei eine Sonderstellung ein.

Mit Blick auf die historischen Gegebenheiten stellt der Nationalsozialismus die radikalste Variante unter den Faschismen der Zwischenkriegszeit dar, und die Folgen seiner inhumanen und aggressiven Politik für Deutschland, Europa und die Welt sind weder überwunden noch vergessen. Noch heute prägen die Nachwirkungen des Nationalsozialismus nachhaltig die politische Kultur der Bundesrepublik: Eine kritische Verarbeitung der NS-Vergangenheit hat so gut wie nicht stattgefunden; viel-

-
- 1 Erwin K. Scheuch unter Mitarbeit von Hans-D. Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12. Jg., Tübingen 1967, S. 11ff., Zitat S. 12f.
 - 2 Europäisches Parlament, Untersuchungsausschuß „Wiederaufleben des Faschismus und Rassismus in Europa“, Bericht über die Ergebnisse der Arbeiten, Dezember 1985; Klaus von Beyme (Hrsg.), Right-Wing Extremism in Western Europe, London 1988 (zuerst in: West European Politics, 11. Jg. (1988), H. 2); Hans-Ulrich Thamer/Wolfgang Wippermann, Faschistische und neofaschistische Bewegungen, Darmstadt 1977.

mehr kennzeichnen Verdrängung und Verharmlosung weithin den Umgang mit dem historischen und aktuellen Rechtsextremismus. So prüfen die zuständigen Stellen immer noch, ob die 1983 gegründeten Republikaner eine rechtsradikale oder eine rechtsextreme Organisation sind. Und unter Parteistrategen aus Regierung und Opposition wird allen Ernstes darüber nachgedacht, ob die neue Partei zum Zweck der Machterhaltung als Bündnispartner akzeptiert werden bzw. ob sie hilfreich für den angestrebten Machterwerb sein könnte.

Auch auf die alltägliche Gegenwart der Vergangenheit werden wir immer wieder verwiesen – 45 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes. Als Beispiel dafür muß nicht nur der sogenannte Historikerstreit herhalten. Im April 1989 kann sich beispielsweise der gerade wegen mehrfachen Mordes rechtskräftig zu lebenslanger Haft verurteilte ehemalige Auschwitz-Aufseher Gottfried Weise („Tell von Auschwitz“) unter den Augen der Justiz ins Ausland absetzen. Und im Juni des Jahres läßt ein Richter am Kammergericht in Berlin eine Gedenktafel entfernen und zerstören, die von der stellvertretenden Präsidentin des Abgeordnetenhauses, Hilde Schramm, und der Charlottenburger Bezirksbürgermeisterin, Monika Wissel, am Gerichtsgebäude angebracht worden war, um an die über 500 Justizopfer des früher dort ansässigen Reichskriegsgerichts zu erinnern. Mögen auch „Rosen für den Staatsanwalt“³ eher für die fünfziger und sechziger Jahre typisch gewesen sein, so hat sich doch offenbar in den siebziger und achtziger Jahren grundsätzlich nichts an der Unwilligkeit der Justiz geändert, selbstkritisch Konsequenzen aus der eigenen Geschichte zu ziehen.

„Normal“ ist dies alles nicht, und jeder Versuch wäre deplaciert, den deutschen Faschismus/Rechtsextremismus gegen vergleichbare Erscheinungsformen in anderen Ländern aufzurechnen und ihn dadurch womöglich sogar zu bagatellisieren oder zu entschuldigen. Vielmehr ergibt sich daraus eine besondere Verpflichtung für die Bundesrepublik und ihre Bürger, auf nationaler und internationaler Ebene mit besonderem Engagement für Menschenrechte, Toleranz, Demokratie und Frieden einzutreten. Und das erfordert wirkliche innere Distanz zum Nationalsozialismus und konsequente Abwehr des Rechtsextremismus.

Gelegentlich wird der bundesdeutsche Rechtsextremismus stark dramatisiert. Dazu besteht kein Anlaß. Auf der anderen Seite bemühen sich

3 . In diesem meisterhaften Spielfilm von Wolfgang Staudte aus dem Jahr 1959 ermöglicht der Oberstaatsanwalt Dr. Wilhelm Schramm, noch 1945 als Kriegsgerichtsrat ein glühender Verfechter des NS-Regimes, einem angeklagten Gesinnungsgenossen durch Verschleppung eines Haftbefehls die Flucht ins Ausland. Als Zeichen dafür, daß das Unternehmen gelungen ist, erhält der Staatsanwalt einen Strauß Rosen.

insbesondere konservative Kräfte, den Rechtsextremismus herunterzuspielen und den Linksextremismus als die eigentliche Gefahr für die Demokratie darzustellen. Auch dadurch wird man weder der historischen Hypothek des deutschen Faschismus noch der aktuellen Herausforderung durch den Rechtsextremismus gerecht.

Der organisierte Kern des westdeutschen Rechtsextremismus ist klein. In den vergangenen 30 Jahren schwankten die Mitgliederzahlen zwischen 20.000 und 40.000. Auch die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien hielten sich bislang in Grenzen. Zwar ist es ihnen hin und wieder gelungen, in einzelne Landesparlamente einzuziehen. Auf Bundesebene sind sie jedoch seit 1953 parlamentarisch nicht präsent; allerdings verfehlte die NPD 1969 nur knapp den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde, und heute werden den Republikanern gute Chancen prophezeit, in den nächsten Bundestag einzuziehen. (Schon jetzt steht fest, daß sie mit zwei Berliner Abgeordneten dabei sein werden.) Rechtsextreme Einstellungen finden in der Bundesrepublik jedoch eine besorgniserregende Verbreitung: Bis zu 40 Prozent der Bevölkerung erweisen sich in Umfragen als anfällig für antidemokratische Parolen. Mithin existiert ein erheblicher latenter Rechtsextremismus, der unter bestimmten ökonomischen und politischen Bedingungen manifest werden könnte bzw. wird.

Die gegenwärtigen Erfolge des Rechtsextremismus bilden den Anlaß für diese Bestandsaufnahme, die einen handlichen, differenzierten, empirisch fundierten und zugleich engagierten Überblick über die Ursachen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik gibt und Gegenmaßnahmen diskutiert. Das Buch will Hilfestellung bei der historisch-systematischen Verortung und der politischen Bewertung der jüngsten Entwicklungen im Lager der extremen Rechten leisten. Sein Titel ist mit Bedacht gewählt: Damit ist im Prinzip zwar der Rechtsextremismus gemeint. Zugleich soll aber auch dem Umstand Rechnung getragen werden, daß die im vierten Kapitel ausführlich behandelten Republikaner offiziell nicht als rechtsextrem gelten.

Abkürzungsverzeichnis

AAR	Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung
AL	Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz (Berlin)
ANJÖ	Arbeitsgemeinschaft nationaler Jugendbünde Österreichs
ANR	Aktion Neue Rechte
ANS/NA	Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten
APO	Außerparlamentarische Opposition
AUD	Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher
AVP	Aktionsgemeinschaft Vierte Partei
AVS	Arbeitsgemeinschaft (ehemals politisch) verfolgter Sozialdemokraten
BBI	Bürger- und Bauerninitiative
BDS	Bund Deutscher Solidaristen
BFD	Bund Freies Deutschland
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BHE-DG	Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BHJ	Bund Heimattreuer Jugend
BNS	Bund Nationaler Studenten
BP	Bayernpartei
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVN	Bund der Verfolgten des Naziregimes
BvW	Bund versorgungsberechtigter ehemaliger Wehrmachtangehöriger und deren Hinterbliebener
CDU	Christlich Demokratische Union
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union
DA	Demokratische Allianz
DA	Deutsche Aktionsgruppen
DA	„Deutscher Anzeiger“
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAJ	Deutsche Arbeiter-Jugend
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DAP	Deutsche Aufbau-Partei
DB	Deutscher Block
DBI	Deutsche Bürgerinitiative
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFP	Deutsche Freiheits-Partei
DG	Deutsche Gemeinschaft
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DKP	Deutsche Konservative Partei
DNS	Dachverband der Nationalen Sammlung
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DNZ	„Deutsche National-Zeitung“

DP	Deutsche Partei
DRP	Deutsche Rechtspartei
DRP	Deutsche Reichspartei
DSB	Deutsche Soziale Bewegung
DSU	Deutsche Soziale Union
DSU	Deutsch-Soziale Union
DU	Demokratische Union
DU	Deutsche Union
DVU	Deutsche Volksunion
DWZ	„Deutsche Wochen-Zeitung“
DZP	Deutsche Zentrumspartei
EBF	Europäische Befreiungsfront
EVD	Europäische Volksbewegung Deutschlands
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FDP	Freie Demokratische Partei
FGW	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim
FSD	Freie Sozialisten Deutschlands
FSVP	Freie Sozialistische Volkspartei
FVP	Freie Volkspartei
FVP	Freiheitliche Volkspartei
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GDP	Gesamtdeutsche Partei
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GLU	Grüne Liste Umweltschutz
HIAG	Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS
HJ	Hitler-Jugend
HLA	Hamburger Liste für Ausländerstopp
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige
JBA	Jugendbund Adler
JDB	Jungdeutschlandbund
JDG	Junge Deutsche Gemeinschaft
JF	Junge Front
JN	Junge Nationaldemokraten
JU	Junge Union
KAH	Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers
KDS	Kampfbund Deutscher Soldaten
KNJ	Kameradschaftsring nationaler Jugendverbände
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
NDBB	Nationale Deutsche Befreiungsbewegung
NDP	Nationaldemokratische Partei
NF	Nationalistische Front

NG	Notgemeinschaft
NLA	Nationalliberale Aktion
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NR	Nationalrevolutionäre
NRAO	Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation
NRB	Nationalrevolutionärer Bund
NRKA	Nationalrevolutionärer Koordinationsausschuß
NS	Nationale Sammlung
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAP/AO	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation
NU	Niederdeutsche Union
PdA	Partei der Arbeit
Pg	Parteigenosse (der NSDAP)
PO	Politische Offensive
RAF	Rote-Armee-Fraktion
RdS	Ring deutscher Soldatenverbände
REP	Republikaner
RFS	Ring Freiheitlicher Studenten
RHV	Republikanischer Hochschulverband
SA	Sturm-Abteilung
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SdV	Sache des Volkes
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SFB	Sender Freies Berlin
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRP	Sozialistische Reichspartei
SS	Schutz-Staffel
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
SVB	Solidaristische Volksbewegung
SzT	Sammlung zur Tat
TfD	Tatgemeinschaft freier Deutscher
UDG	Unabhängige Deutsche Gemeinschaft
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VAPO	Volkstreue Außerparlamentarische Opposition
VDNV	Vereinigung Deutsche Nationalversammlung
VdS	Verband deutscher Soldaten
VSBD	Volkssozialistische Bewegung Deutschlands
VVN/BdA	Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
WJ	Wiking Jugend
WSG	Wehrsportgruppe
Z	Zentrum

Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder

Tabellen:

1	Die territoriale Entwicklung Deutschlands 1871-1957	23
2	Hitler – ohne den Krieg einer der größten deutschen Staatsmänner? (1955-1978)	43
3	Beurteilung des „Dritten Reiches“ (1975-1978)	43
4	Sympathien für einen Mann wie Hitler (1954-1983)	44
5	Sozialstrukturelle Merkmale des rechtsextremen Einstellungspotentials im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt (Daten der SINUS-Studie)	46
6	Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik (1982)	49
7	Sollen Gastarbeiter in eigenen Wohnvierteln leben? (1973-1982)	50
8	Nationalstolz in Ländern der Europäischen Gemeinschaft (1983)	52
9	Automatischer Arrest in den drei Westzonen	61
10	Bilanz der Entnazifizierung in den Westzonen (BRD) 1949/50	66
11	Die Entnazifizierung im Urteil der Bevölkerung (1952)	68
12	Bilanz der Verfolgung von NS-Verbrechen durch (west-)deutsche Gerichte (1945-1985)	76
13	Die Verfolgung von NS-Verbrechen im Urteil der Bevölkerung (1974-1979)	77
14	Das rechtsextreme Oppositionspotential bei der Bundestagswahl 1949	85
15	Bürgerblockstimmen bei den Bundestagswahlen 1949-1961	89
16	Wahlergebnisse in Niedersachsen 1947-1953	105
17	Wahlergebnisse der DRP 1950-1963	108
18	Wahlergebnisse der DG 1950-1964	120
19	Wahlergebnisse der NPD 1965-1988	136
20	Die Berufs- und Sozialschichtung der NPD-Mitglieder 1966-1970	139
21	Wahlergebnisse der Bundestagsparteien 1969-1987	142
22	Mitgliederentwicklung der Jungen Nationaldemokraten 1970-1987	146
23	Wahlergebnisse der AUD 1965-1978	148
24	Wahlergebnisse der FAP 1980-1987	172
25	Mitgliederzahlen der Republikaner	202
26	Wahlergebnisse der Republikaner 1986-1989	217
27	Wahlergebnis der Republikaner bei der Europawahl 1989	222
28	Die Verfolgung von Kriegsverbrechen im Urteil der Bevölkerung (1988)	241
29	Die strafrechtliche Verfolgung von Neonazis im Urteil der Bevölkerung (1980-1985)	241

Schaubilder:

1	Mitgliederentwicklung des organisierten Rechtsextremismus 1954-1987	99
2	Mitgliederentwicklung des organisierten Rechtsextremismus im Vergleich zur NPD 1965-1987	100
3	Entwicklung der rechtsextremen Publizistik 1961-1987	101
4	Mitgliederentwicklung der NPD 1964-1987	137
5	Ermittelte Gesetzesverletzungen deutscher Rechtsextremisten 1974-1987	154
6	Mitgliederentwicklung rechtsextremer Jugendorganisationen 1959-1987	157
7	Mitgliederentwicklung organisierter Neonazis 1975-1987	159
8	Mitgliederentwicklung der DVU 1971-1987	185
9	Mitgliederentwicklung von NPD und DVU im Vergleich	187
10	Wahlergebnisse von REP und DVU-Liste D bei der Europawahl 1989	223
11	Der Zusammenhang von individuellen und gesamtgesellschaftlichen Ursachen des Rechtsextremismus	243